

walk nahm den Standpunkt ein, daß er die Maßnahmen gegen Sachsen ohne Zustimmung des Kabinetts vornehmen könne, aber er teile seinen Entschluß loyal der Reichsregierung mit. Die sozialdemokratischen Minister erklärten, daß auch sie das Ausschließen der kommunistischen Minister in Sachsen für eine Notwendigkeit hielten, nachdem diese und ihre Landtagsfraktion zur gewaltsamen Aufhebung gegen die Verfassung aufgefordert haben. Die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder warnten aber wiederholt und eindringlich vor dem vom Reichswehrminister eingeschlagenen Schritt, dem sie unheilvolle Folgen in Sachsen und im Reich voraussagten. Sie erreichten durch diesen Widerstand, daß die sofortige Entscheidung unterließ, die Absendung des Schreibens des Reichswehrministers nicht erfolgte und der Reichsminister der sächsischen Regierung eine Frist von 24 Stunden ließ. Während dieser Frist verließen die sozialdemokratischen Führer in Dresden eine Entspannung der Lage herbeizuführen. Je nach dem Ergebnis dieser Dresdener Besprechungen behielten sich die sozialdemokratischen Minister ihre Entscheidung vor.

Die schweren Zusammenstöße in Freib.-rg.

Nach Mitteilung des Reichswehrkommandos Sachsen kam es in Freib.-rg zu ersten Zusammenstößen zwischen Reichswehr und tabulalen Elementen. Auf Anforderung der Polizei wurde Reichswehr auf zwei Lastkraftwagen in die Stadt entsandt, um Ansammlungen zu zerstreuen und Hausdurchsuchungen vorzunehmen. Später erbat der Polizeidirektor militärische Hilfe, da vier Reichswehrsoldaten im Postamt bedrängt wurden. Die Reichswehr säuberte den Postplatz, befreite die vier bedrängten Reichswehrsoldaten, wurde dann aber von der Menge mit Steinen bedrängt und mit Pistolen bedroht. Vier Soldaten wurden verwundet, darunter zwei schwer. Die Reichswehr machte in der Notwehr von der Schusswaffe Gebrauch. Nach diesem Bericht sollen 12 bis 13 Unruhestifter erschossen, 30 verwundet sein; spätere Meldungen sprechen von 30 bis 40 Toten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Wiederaufnahme des Schiedsverfahrens.

In London werden Anfang nächster Woche unter englischem Vorsitz Verhandlungen über die Wiederaufnahme der aus Anlaß des Ruhrstreiks abgebrochenen Beziehungen des Reichsausgleichsamtes zu den französischen und belgischen Ausgleichsamtern und über erneute deutsche Beteiligung bei den deutsch-französischen und deutsch-belgischen gemischten Schiedsgerichtshöfen stattfinden. Die deutsche Regierung wird bei diesen Verhandlungen durch zwei Bevollmächtigte vertreten sein.

Verlängerung der Demobilisierungsverordnungen.

Die Gültigkeit der Demobilisierungsverordnungen über die Regelung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter und Angestellten läuft am 31. Oktober ab, so daß eine Verlängerung der Geltungsdauer erforderlich geworden ist. Die Reichsregierung hat diese Verlängerung bis einschließlich Sonntag, den 17. November, beschlossen. Bis dahin ist mit einer Verabschiedung des vorläufigen Gesetzes über die Arbeitszeit, das die Demobilisierungsverordnungen ersetzen soll, zu rechnen, da der Reichstag voraussichtlich wieder am 6. November zusammentritt.

Die amerikanischen Weizensendungen.

Aus Washington wird bestätigt, daß die amerikanische Regierung bereit sei, Schritte zu tun, um als Hilfsleistung im Fall einer Hungersnot in Deutschland große Schiffsladungen von Weizen nach Deutschland zu schicken. Die Frage einer Unterstützung im Fall, daß Deutschland nicht in der Lage wäre, die Sendung zu finanzieren, wurde in der gemeldeten Besprechung des Präsidenten Koolidge mit einer Gruppe von Weizenhändlern erörtert, die den Vorschlag machten, daß die Sendungen von der Kriegsfinanzcorporation finanziert werden sollten.

Wissenschaft · Kunst · Literatur

Die Quäker.

Ihre Gedankenwelt und ihre Eigentümlichkeiten.

Wieder einmal sind es die Quäker, die eine großartige Hilfsbereitschaft für Deutschland organisieren wollen. Aus Newyork kam vor einigen Tagen die Nachricht, daß sie sich an die Spitze einer Vereinigung amerikanischer Männer und Frauen, die sich eine Förderung der Ernährung deutscher Kinder zum Ziele gesetzt hat, zu stellen und die Verteilung der amerikanischen Lebensmittelpenden zu übernehmen gedenken.

Der Name Quäker ist durch die von ihnen ausgehenden Wohlthaten Einrichtungen bei uns längst populär geworden, und es ist nicht nur zu begreifen, sondern auch dankbar zu begründen, wenn die amerikanischen Menschenfreunde den Wunsch haben, daß das deutsche Volk sie in ihrem Wesen und ihrer Eigenart auch wirklich kennen lernen möge. Es ist vor kurzem ein Buch des Quäkers Edward Grubb erschienen, das zum erstenmal in zusammenfassender Schilderung einen Einblick in die Gedankenwelt der Quäker vermittelt und vor allem ihre Grundanschauung vom „inneren Licht“ erklärt, den Leser aber auch über die Äußerlichkeiten der Organisation und über die mancherlei Eigentümlichkeiten in den Gewohnheiten der Quäker aufklärt.

Man weiß von den Quäkern, daß sie sich gegen den Krieg auflehnen, und daß sie vor Gericht keinen Eid leisten; sie wurden früher auch an der besonderen Art, sich zu kleiden, und am Gebrauch einer besonderen Sprache erkannt. Wenn sie jemandem anreden, gleichviel wer es war, so benutzen sie ihn; die Wochentage und Monate benannten sie mit Zahlen, anstatt die „heidnischen“ Namen zu gebrauchen. Unter den Quäkern selbst übernahmen viele diese Eigentümlichkeiten als Tradition, ohne sich um ihre innere Bedeutung und ihren Wert zu kümmern. Doch hängen diese Besonderheiten unmittelbar mit der Grundlehre des Quäkertums zusammen. Die ersten Quäker glaubten einmütig, daß das Licht allen Menschen zuteil wird, und betonten mit Nachdruck, daß seine leitende Kraft durch Gehorsam bedingt ist. Nur diejenigen, sagten sie, die gewillt waren, beständig dem Lichte zu folgen, konnten sein reines Leuchten an sich erfassen. Aus diesem Glauben entsprang der tiefe Wunsch nach Wahrheit und Lauterkeit, der die besten Quäker auszeichnet, das Verlangen, über Formalitäten hinweg zu der Wahrheit vorzudringen, die allein ewigen Wert hat. Dieser

Dollar: 29. Okt.: 64838000000 - 65162000000
Dollar: 30. Okt.: 64838000000 - 65162000000
1 Goldmark: = 15476190476 Papiermark.

Frankreich.

X Poincarés Sonntagsrede. Wie üblich hat der französische Ministerpräsident am Sonntag bei einem Kriegerverein gesprochen und dabei den „böswilligen Schuldner“ Deutschland ebenso angegriffen wie zahllose Male vorher. Poincaré kam zu dem Schluß, daß die Reparationskommission ohne weiteres die offiziellen Vertreter der Vereinigten Staaten bitten könne, amerikanische Sachverständige aufzufordern, mit französischen, englischen, italienischen und belgischen Sachverständigen die jetzt vorhandene Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen und von Deutschland ein Programm der wirtschaftlichen Reorganisation und einen genauen Reparationsplan einzufordern. Aber Frankreich könne sich damit nicht einverstanden erklären, daß die Reparationskommission durch einen Organismus ersetzt wird, bei dem sein jetzt bereits geminderter Einfluß noch mehr beschränkt wird.

Ans In- und Ausland.

Hamburg. Der ehemalige Reichsminister Cuno ist mit dem Dampfer „Albert Dahn“ aus den Vereinigten Staaten wieder in Hamburg eingetroffen.

England gegen die Sonderbündler.

Eindringen in Köln nicht gestattet.

Die Ansicht der britischen Regierung in der Frage der rheinischen Separatistenbewegung ist der französischen Ansicht genau entgegengesetzt. Die britische Regierung wird das in Koblenz gebildete Separatistenkabinett nicht anerkennen. Jeder Putsch von Seiten der Separatisten in Köln wird durch die britischen Streitkräfte verhindert werden.

Unter Umständen könnte ein Versuch gemacht werden, die Engländer aus dem Rheinlande hinauszutreiben, um, wenn die britische Flotte durch die französische ersetzt sei, die Revolverpolitik überall einzuführen. Die Verfassung des Rheinlandes sei von internationaler Bedeutung. Für Großbritannien ebenso wie für Italien, die Schweiz und Holland ständen große Interessen auf dem Spiel.

Separatisten in Mainz.

Am Wochenende sind die Aufreiter in Mainz eingedrungen und haben das Stadthaus besetzt, unterstützt von französischen Truppen. Kurz nach der Besetzung des Stadthauses fand eine Durchsuchung sämtlicher Büroräume durch die Franzosen statt. Dann wurde das Stadthaus von den Franzosen und Sonderbündlern wieder geräumt; einige benachbarte Dörfer wurden besetzt.

Fast überall zurückgedrängt.

In den meisten Orten des Rheinlandes hat sich die Lage gebessert. So sind Rhenen-Gladbach, Reus, Prüm und mehrere andere Orte von den Separatisten frei. In Guldern ist die Lage noch unklar. In Trier sind an Stelle der Separatistenposten französische Posten ausgesetzt mit der Begründung, daß die Separatisten bei ihrem Erscheinen die Bevölkerung zu sehr beunruhigten. Nach den Meldungen aus Aachen soll die Separatistenherrschaft dort von der internationalen Rheinlandskommission anerkannt worden sein. Eine Besatzung fehlt noch. In mehreren Orten sind Veränderungen vorgekommen.

Berlin-München.

Berücksichtigung der Gegenseite.

Gleichzeitig mit dem Ultimatum an Sachsen richtete die Reichsregierung folgende Aufforderung an die bayerische Regierung:

„Im Verfolg der am 24. Oktober von der Konferenz der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder gefassten Entschlüsse hat die Reichsregierung an die Bave-

rische Staatsregierung das Ersuchen gerichtet, die verfassungsmäßige Befehlsgewalt im bayerischen Teil der Reichswehr in kürzester Zeit wiederherzustellen.

Unmittelbar darauf, am Sonntag, sprach sich die Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei über den Konflikt mit dem Reich aus. Die Aussprache ergab einstimmige Billigung der Schritte der bayerischen Regierung, des Generalkommissars und der Parteileitung. Der frühere Ministerpräsident Graf Lerchenfeld sprach sich dahin aus, daß die Fehler, welche in der Loslostrage in Berlin gemacht worden seien, tiefen Grund hätten. Zum Schluß wurde eine längere Entschuldigungsangabe angenommen, in der der bayerischen Staatsregierung, insbesondere dem Ministerpräsidenten Dr. v. Knilling und dem Generalkommissar Dr. Kahf der warmste Dank und die volle Anerkennung ausgesprochen wird.

Die Steuerfrage in Bayern.

Generalkommissar Dr. v. Kahf hat an die Landesfinanzämter das dringende Ersuchen gestellt, daß von den am 1. und 5. November fälligen Reichssteueranteilen, die der Landabgabe und, soweit der Mittelstand in Betracht kommt, auch die Arbeitssteueranteile, unterbleibe, bis auf die von der bayerischen Regierung neuerlich zwecks Milderung der Steuererhebung und des Steuervollzuges eingeleiteten Schritte eine weitere Stellungnahme der Reichsregierung erfolgt. Im vollen Bewußsein ihrer Verantwortung haben daher die Landesbauernkammer und der Handwerkerkammertag den Landwirten und Gewerbetreibenden die Weisung gegeben, die am 1. und 5. November fälligen Steuern an Landabgabe und Betriebssteuern solange nicht zu leisten, bis eine Revision dieser Steuererträge auf Grund der Entschlüsse des Generalkommissars an die Landesfinanzämter erfolgt ist.

Weiterarbeit der Ruhrzeichen?

Verständigung in der Kohlensteuerfrage.

Die fortgesetzten Verhandlungen zwischen der Industriellengruppe um Stinnes und den Franzosen sind nach Meldungen aus Köln zum erfolgreichen Abschluß gekommen. Teilgenommen haben an den Besprechungen, die in Düsseldorf stattfanden, außer dem französischen und dem belgischen Leiter der Mission die deutschen Großindustriellen Hugo Stinnes, Alsdorfer, Böcker, Hösch und Hubert von der Dormmunder Union. Dienstag werden die Besprechungen fortgesetzt.

Nach den französischen Berichten ist eine Verständigung in der Sachlieferungsfrage zu erwarten. Die deutschen Industriellen haben die Zahlung der Kohlensteuer übernommen. Es ist ihnen dabei zugesagt worden, daß die Kohlensteuer nur dann bezahlt zu werden braucht, wenn sich herausstellt, daß die Industrie hierbei wirklich bescheitert. Danach soll die für Montag angekündigte Stilllegung der Zeichen nicht eintreten.

Die Großindustriellen sollen bereit sein, die Kohlenlieferungen sofort wiederanzunehmen und dem Reich die Rückzahlung des Gegenwerts zu gewähren, falls die Besatzungsbehörden ihnen einen Teil der Kohlensteuer erlassen. Frankreich und Belgien wollen diese Bedingungen annehmen. Die Volksguppe und eine Reihe kleinerer Zeichen haben die Kohlensteuer für die Zeit seit dem Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet bereits bezahlt. Die französische Regierung hat heute eine Abordnung unter Führung des Direktors des Credit National Schwelblich nach Düsseldorf entsandt mit dem Auftrag, an Ort und Stelle die finanziellen Folgen der Einstellung des passiven Widerstandes zu studieren. Die Abordnung soll auch alle Finanzfragen prüfen, die durch die augenblickliche Lage im Rheinland aufgeworfen wurden.

Der Erzbischof von Köln, Kardinal Schulte, erklärt einen Aufruf an die Katholiken des Auslandes zur Sendung von Lebensmitteln, Kleidung und Kohlen nach den besetzten Gebieten, um der grauenhaften drohenden Hungersnot zu begegnen.

Dienst werden schon jetzt bei allen Fernsprechämtern oder den zuständigen Postämtern mit Fernsprechemitteln oder den zuständigen Postämtern mit Fernsprechemitteln entgegengenommen. Diese Stellen erteilen auch die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb eines Rundfunkempfängers. Die Genehmigungsgebühr — einschließlich einer Abgabe für die Lieferung der Nachrichten — beträgt 20 Mark Grundwert, vervielfacht mit der am Zahlungstage gültigen Verhältniszahl für die Berechnung der Telegraphengebühren im Verkehr nach dem Auslande. Diese Verhältniszahl kann bei jeder Telegrammannahmestelle erfragt werden. Der Rundfunknehmer erhält eine Genehmigungsbescheinigung, die ein Jahr Gültigkeit hat und nach Ablauf dieser Frist zu erneuern ist.

Die Beschaffung des erforderlichen Rundfunkempfangsgeräts wie überhaupt die Errichtung der Empfangsanlage ist Sache des Rundfunkteilnehmers; eine Mitwirkung der Reichstelegraphenverwaltung kommt nicht in Frage. Bei der Errichtung der Rundfunkempfangsanlagen sind die Bedingungen der Genehmigungsbescheinigung und des dazu gehörigen Merkblatts genau zu beachten. Aus diesen Bedingungen sei besonders erwähnt, daß nur Empfangsgeräte verwendet werden darf, das von der Reichstelegraphenverwaltung geprüft und zugelassen und zum Zeichen dafür mit dem Stempel RTV versehen worden ist.

w. Der medizinische Nobelpreis für 1922 wurde zu je einem Hälfte dem Professor der Physiologie an den University College in London A. V. Hill für seine Forschungen über die Wärmeerzeugung in der Muskel und dem Professor der Physiologie in Kiel O. Wemerhof für seine Entdeckung des Verhältnisses zwischen dem Sauerstoff und dem Milchsäureverbrauch in der Muskel verliehen. Den Preis für 1923 erhielten Dr. G. Banding und Professor S. R. Macleod in Toronto (Kanada) gemeinschaftlich für ihre Entdeckung des Antikörper, das sich bei Zuckerkranken als vorzügliches Heilmittel erwährt hat.

= Eugen d'Alberts „Siebente“. Es handelt sich nicht um eine Sinfonie, sondern um eine Frau. Wenn nichts mehr ziele, bestimmt sich nämlich Eugen d'Albert, der bekanntlich Klaviervirtuose und Opernkomponist, darauf, daß er lange nicht mehr geheiratet hat, und dann verlobt sich mit einer Frau, die der Meister soeben wieder eine Ehefrau konsumiert habe und auf der Suche nach einer neuen Sinfonie sei. „Vertiefend“ scheint keine seiner bisherigen Sinfonien gewesen zu sein, denn er hält bereits bei der sechsten Sinfonie sein. Er ist ein Mann, nehm alles nur in allem.

Der „Unterhaltungs-Rundfunkdienst“.

Berlin, im Oktober.

Der neue „Unterhaltungs-Rundfunkdienst“ wird in diesen Tagen mit Verbreitung von Musikvorführungen usw. auf drahtlos-telephonischem Wege beginnen, und zwar zunächst für Berlin und Umgebung (etwa im Umkreise bis zu 100 Kilometern). Anmeldungen zur Teilnahme an diesem